

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 9

Artikel: Bewusstseinsbildung statt Bakunin-Richtlinien
Autor: Huber-Höhn, U.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«AZ-Sozialismus/Autotest». Da kommt alles an Falschmeldungen und Verleumdungen vor, was die AZ, den ZD und linke Sektionen der SP betrifft. «Profil» muss als Kronzeuge herhalten; das sollte auch jedem Sozialisten, für den Meinungs- und Gewissensfreiheit kein bürgerlicher Schwindel, sondern ehrliches sozialistisches Anliegen sind, zum Nachdenken bringen.

Die beiden Senioren des ZD, der verantwortlich zeichnende Sozialdemokrat Werner Egli und der Mitbegründer und heute noch in der Redaktion mitarbeitende Kommunist Theo Pinkus, sind kein «Zweigestirn» mit autoritärem Verhalten. Im Gegenteil, sie sind sich bewusst, dass die vielen Jungen, die heute am ZD mitarbeiten und ihn redigieren, vieles anders erleben, sehen und schreiben. Die fruchtbaren Diskussionen zwischen alt und jung, die Einbringung jahrzehntelanger Erfahrungen in die wohl orientierte journalistische Praxis der Jungen, im Zusammenwirken von Berufsjournalisten, die mit andern ihre Freizeit dem ZD zur Verfügung stellen, sieht dieser die Möglichkeit, tatsächlich ein unabhängiges Organ des Fortschreitens zum Sozialismus zu sein. *Theo Pinkus/Werner Egli*

Bewusstseinsbildung statt Bakunin-Richtlinien

Die Entgegnung von Theo Pinkus und Werner Egli ruft zunächst einer Richtigstellung. Dass in unserem Blatt dem «Zeitdienst» je die Meinungs- und Gewissensfreiheit abgesprochen wurde, ist mir neu. Dagegen vertrat ich die Meinung, es sei mit einer linken Gesamtstrategie nicht zu vereinbaren, wenn vor den Wahlen im «Zeitdienst» sozialdemokratische Stadtratskandidaten zur Wahl empfohlen, gleichzeitig aber als Knechte des Bürgertums denunziert werden.

Einer Richtigstellung bedarf auch die Behauptung von Werner Egli, Ausgangspunkt der Kontroverse seien die Richtlinien der Delegiertenversammlung der SPZ gewesen. Ich habe stets nur *einen* Punkt der Richtlinien – nämlich das sogenannte «imperative Mandat» (unbedingte Bindung der Behördemitglieder an Beschlüsse von Parteiorganen) – kritisiert. Es ist mir kein einziger Anhänger des «imperativen Mandats» bekannt, der dieses überzeugend hätte begründen können. Die Diskussion darüber hat kürzlich in der Zeitschrift der SPD – «Die neue Gesellschaft» (Nr. 3/74) – breiten Raum eingenommen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stand ein Gespräch von Rudi Arndt (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt) mit Carsten Voigt (früherer Präsident der Jusos). Das Streitgespräch ging eindeutig zugunsten von R. Arndt aus. Er hat nachgewiesen, dass das «imperative Mandat» von *Bakunin* entwickelt worden ist. Unbestritten ist, dass es in der Bundesrepublik Deutschland einen Verstoß gegen die Verfassung darstellte. Dass es auch hierzulande rechtlich unzulässig ist, wurde schon wiederholt dargelegt. Leider hat bis heute kein Anhänger des «imperativen Mandats» den Versuch unternommen, die staatsrechtlichen

Bedenken zu widerlegen. Man braucht aber nicht einmal die rechtliche Seite des Problems zu bemühen. Allein schon politisch ist das «imperative Mandat» unhaltbar. Wie ich bereits einmal ausgeführt habe (vgl. Profil Nr. 11/73, S. 301 f), kommen die in der Exekutive der Kantone und Gemeinden tätigen Sozialdemokraten nicht darum herum, sich bei der Ausübung ihres Mandates auf ihren Wählerauftrag zu besinnen. Ihre Wähler rekrutieren sich aber nicht nur aus Sozialdemokraten. Bei einem grössern Teil der Wählerschaft dürfte die Bereitschaft fehlen, weitgespannten Zukunftsvorstellungen progressiver Parteigremien zu folgen. Man kann nicht als Behördemitglied einerseits an der Verwaltung des Staates teilnehmen, um sich andererseits ständig in eine Aussenseiterposition zu begeben. Es darf von einem Sozialdemokraten in einer Koalitionsregierung nicht verlangt werden, dass er über den Schatten des gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewusstseins springt.

Bei der sozialistischen Bewusstseinsbildung müssen daher die Parteigremien den Hebel ansetzen. Dies ist mühsamer, aber auch fruchtbarer als das Basteln von Richtlinien für Behördemitglieder.

Die Verfechter des «imperativen Mandates» müssen sich auch sagen lassen, dass ihre Forderung nicht frei ist von Opportunismus. Der Ruf nach dem «imperativen Mandat» erhebt sich ja vor allem dort, wo es zielstrebigen Gruppen von progressiven Parteimitgliedern gelungen ist, eine Mehrheit im Parteivorstand zu erringen. Dass sich die Vertreter des «imperativen Mandates» nicht immer durch grundsätzliche Haltung auszeichnen, hat Rudi Arndt in dem zitierten Streitgespräch an einem Beispiel aufgezeigt: In Frankfurt hatte ein Parteitag der SPD dem Tarifverbund zugestimmt. Die Jusos, welche bei der Abstimmung unterlagen, kündigten massive Protestaktionen an: ausgerechnet gegen jene Behörden, denen sie noch eben vorgeworfen hatten, sie hielten sich nicht an Parteitagsbeschlüsse.

Solche Ungereimtheit kommt nicht nur in Frankfurt vor . . .

Dass ausgerechnet der «Zeitdienst» für eine gewisse Konformität der Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie plädiert, ist doch recht paradox. Waren nicht gerade die Gründer des «Zeitdienstes» Nonkonformisten erster Güte? Ist nicht der «Zeitdienst» das Organ eines linken Nonkonformismus par excellence? Die Vielfalt der Meinungen hat sich, so scheint mir, bei diesem nonkonformistischen Organ noch verstärkt. Theo Pinkus gesteht denn auch in seiner Entgegnung freimütig, dass «die vielen Jungen, die heute am ‚ZD‘ mitarbeiten und ihn redigieren», die Dinge anders sähen. Bis anhin hatte der «Zeitdienst» schon Mühe genug, die ideologischen Ahnherren mit dem Initialen M (Marx, Mao, Marcuse) unter einen Hut zu bringen. Nun gesellt sich zu ihnen noch Bakunin, der Klassiker des Anarchismus, mit seiner Marxismuskritik. Was Wunder, dass es da nicht immer leicht fällt, sich auf ein Konzept im Kampf gegen «Kapitalismus» zu eini-

gen. Worüber sich aber die jungen Kräfte, von denen T. Pinkus spricht, einig sind, das ist die Kritik an der Sozialdemokratie. Anstelle einer überzeugenden Auseinandersetzung mit den Kräften des Spätkapitalismus tritt der ideologische Nahkampf mit der Sozialdemokratie. Man kann aus psychologischen Gründen dieser Art von Linksgymnastik ein gewisses Verständnis entgegenbringen. Mit einer linken Strategie ist sie nicht vereinbar. Dies schien mir Anlass genug zu sein, am «Zeitdienst» Kritik zu üben.

Richard Lienhard

Zustimmung zur Fristenlösung

Mit grossem Interesse haben wir den Artikel von Dr. med. Daniel Beck im Profil 7/8 74 gelesen. Wir erachten es nicht für notwendig, Ergänzungen anzubringen, weil darin so ziemlich genau unsere Stellungnahme enthalten ist.

Wir würden aber sehr gerne diesen Beitrag zum Anlass nehmen, uns in der sozialdemokratischen Presse bemerkbar zu machen. Die Sektion Zürich der Schweizerischen Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch (SVSS) wurde erst kürzlich gegründet und hat zum Ziel, für das Recht auf freie und verantwortliche Eltern- und Mutterschaft zu kämpfen. Ein Mittel ist unter anderem die Initiative für straflosen Schwangerschaftsabbruch, die 1971 eingereicht wurde und für die wir noch immer eintreten.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt ja unseres Wissens das Modell der Fristenlösung. Das tun auch wir, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die freie Arztwahl garantiert wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in der kommenden Parlamentsdebatte eine möglichst fortschrittliche Regelung erzielt werden kann im Interesse einer sozial gerechten Lösung für alle Volksschichten. Wir glauben uns darin mit der SP Schweiz einig und hoffen daher auf Unterstützung aus Ihren Kreisen.

U. Huber-Höhn

Nachsatz:

Die SVSS würde es sehr begrüssen, wenn sich möglichst viele Befürworter der Fristenlösung der genannten Vereinigung anschliessen könnten. Anmeldungen nimmt dankbar entgegen: E. Fröhlich-Graf, Stampfenbachstrasse 103, 8006 Zürich.